

fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 1 / 2017

26. Januar 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Freunde!

Am gestrigen Mittwoch fand die Stadtverordnetenversammlung (SVV) im Januar statt. Wir möchten als SPD-Fraktion auch weiterhin die Gelegenheit nutzen, um auf die SVV und die Kommunalpolitik der letzten Tage und Wochen zurückzublicken. Dazu nutzen wir seit nunmehr 6 Jahren regelmäßig den Newsletter der SPD-Fraktion. Doch dieser Newsletter ist mehr als nur bloße Information. Er soll an Sie als Leser auch eine Einladung sein sich einzubringen, mitzudiskutieren und die Kommunalpolitik in Brandenburg an der Havel kritisch und interessiert zu begleiten.

Es würde mich freuen, wenn Sie an unserem Newsletter Gefallen finden.
Für Fragen, Kritik und Anregungen stehen wir Ihnen gerne unter fraktion@spd-stadt-brandenburg.de zur Verfügung.

Ihre/ Eure
Britta Kommesser



Daniel Keip

Der Zug ist abgefahren. Und Brandenburg wird abgehängt. Leider.



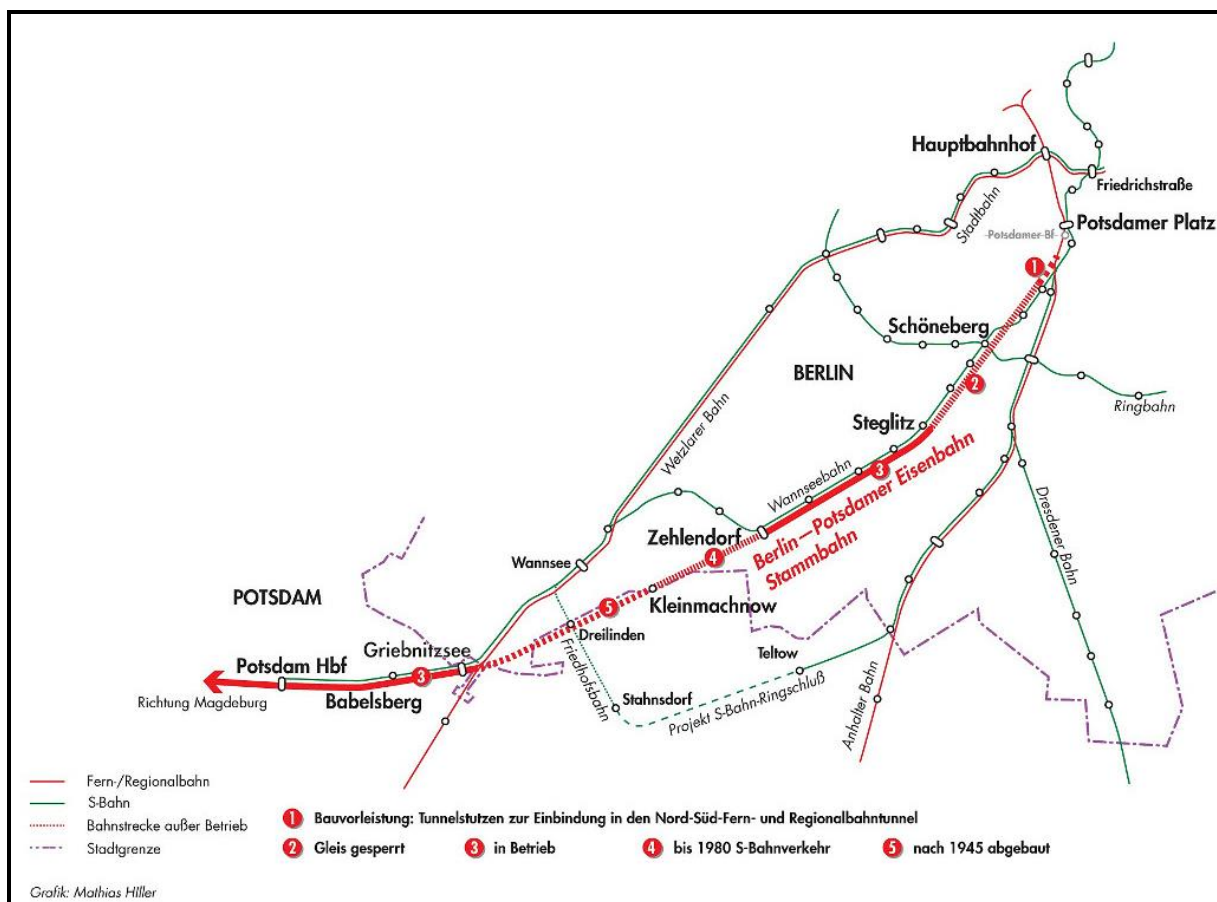
Pendler aus Brandenburg an der Havel und Umgebung wissen es zu schätzen – das Zugangebot auf der Linie des Regionalexpress 1. Doch sie wissen auch, wie chronisch überlastet dieser Schienenstrang schon von Brandenburg auf dem Weg nach Berlin ist. Ab Werder und Potsdam ist dann oftmals der Stehplatz die einzige Möglichkeit, in das Berliner Zentrum zu kommen. Nach Alternativen wird schon seit einer ganzen Weile gesucht, doch zusätzliche Züge sind auf der Berliner Innenstadtstrecke nur schwer unterzubringen.

Deshalb suchen das Land Brandenburg, die Bundeshauptstadt Berlin und die Deutsche Bahn nach Alternativen, wie der RE 1 noch zügiger und in engeren Takten nach Berlin zu führen ist.

Ein Projekt dabei ist die Reaktivierung der Stammbahn - einer Eisenbahnstrecke, die als erste Bahnstrecke Preußens 1838 in Betrieb ging und nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder aufgebaut wurde. Sie verbindet den Bahnhof Potsdamer Platz auf direktem Wege mit dem Bahnhof Griebnitzsee bei Potsdam. Die Planungen, die Stammbahnstrecke wieder für den RE 1 zu öffnen, sind bereits mit Beginn der 90er Jahre konkreter geworden. Mit dem Bau des Nord-Süd-Fernbahntunnels am Berliner Hauptbahnhof wurden bauliche Vorbereitungen dafür bereits getroffen. Und auch das Ministerium für Infrastruktur in Potsdam sieht die Stammbahn als Option für zusätzliche Verkehre an. Entsprechend der Korridoruntersuchung im Rahmen des ÖPNV-Konzeptes 2030 strebt es eine vertiefende Gesamtuntersuchung für die Verkehre zwischen Potsdam und Berlin an, in der auch die Stammbahn eine Rolle spielen wird.

Wir hatten uns bereits im Dezember mit einem Beschlussvorschlag an die SVV gewandt, um die Position der Stadt Brandenburg an der Havel beim Wiederaufbau der Stammbahn zu bekräftigen. Wenn wir eine wirklich wachsende Stadt werden wollen, dann müssen wir attraktiv für Zuzüge aus Berlin und sein Umland sein. Dabei spielen Verkehrsverbindungen eine wichtige Rolle und deshalb sollten wir uns auch in der Frage der Stammbahn positionieren.

Bis 2030 werden auf der RE 1-Strecke zwischen Werder und Berlin die Fahrgastzahlen um fast 30 % anwachsen. Deshalb ist es so wichtig, sich jetzt zu positionieren, um eine Vision langfristig auch zu verwirklichen. Denn nur mit der ergänzenden Trasse für die Regionalexpresszüge aus Brandenburg an der Havel wird es möglich sein, die Attraktivität für Zuzüge zu erhalten. Leider sahen das am gestrigen Abend alle Fraktionen außer der CDU und einer kleineren Fraktion so. Mit ihrer Mehrheit lehnten sie unseren Antrag und damit Verbesserungen für Pendler ab. Eine verpasste Chance, sich für das Wachstum unserer Stadt einzusetzen.



Carsten Eichmüller

Das Schwimm- und Erlebnisbad weiterentwickeln



Der Jahresabschluss des Schwimmbades auf dem Marienberg zeigt deutlich: Die Brandenburgerinnen und Brandenburger wissen, was sie an ihrem Schwimmbad haben. Über 300.000 Besucher konnte das Marienbad im Jahr 2015 verzeichnen. Mit seinen Angeboten im Bereich Sauna, Fitness, Vereinssport, Schulschwimmen und Freizeit richtet es sich zielgerichtet an die Bürger unserer Stadt und der Region. Doch nach 15 Jahren und mit der wachsenden Konkurrenz beispielsweise durch die Bäderbauten in Werder und Potsdam, ist es auch für das Marienbad an der Zeit, sich neu zu erfinden.

Mit dem Wirtschaftsplan 2017 wird auch die Neukonzeption des Schwimm- und Erlebnisbades diskutiert werden. Dabei ist es für uns wichtig, dass neben neuen Ansätzen auch mögliche Erweiterungen diskutiert werden. So könnte es für viele Firmen attraktiv sein, Teile des innerbetrieblichen Gesundheitsmanagements im Schwimmbad zu realisieren.

So machen es schon heute beispielsweise die Verkehrsbetriebe und die Polizeiinspektion. Ein Beispiel, das hoffentlich viele Nachahmer findet. Mit den in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Sanierungen der Aggregate und der Anlagentechnik haben die Stadtverordneten auch den Weg zur technischen Überholung von Teilen des Schwimmbades frei gemacht. Nach 15 Jahren kommt es an verschiedenen Stellen zu Verschleißerscheinungen, die behoben werden müssen. Ich habe deshalb meiner Fraktion vorgeschlagen, dass wir im Februar unsere „Fraktion vor Ort“-Tour im Marienbad fortsetzen und uns mit dem neuen Konzept und den anstehenden Herausforderungen befassen. Unser Dank gilt dem Werkleiter Fred Ostermann und den Mitarbeitern des Marienbades, die in den letzten Jahren stets eine tolle Arbeit geleistet haben und wir wünschen Ihnen auch für die Zukunft alles Gute.

Britta Kornmesser / Gerd Sondermann

Es geht voran mit der Stärkefabrik



Am Dienstag stellte der Investor zusammen mit der Stadtverwaltung die überarbeiteten Pläne für das Gelände der ehemaligen Stärkefabrik in der Neuendorfer Straße vor. Und es scheint ganz so, als ob das Projekt, das nun seit über acht Jahren in der Stadt diskutiert wird, auf die Zielgrade eingebogen ist. Wenn das weitere Verfahren zügig auf den Weg gebracht wird, dann könnten noch in diesem Jahr die Ruinen auf dem Areal verschwinden und

die Entwicklung starten. Mit 150 Wohnungen, dem Einkaufsmarkt und einem Uferweg wird sich dieses Gebiet zu einem Impulsgeber für die Stadtentwicklung im ganzen Quartier entwickeln.

Wir sind froh, dieses Projekt mit angeschoben zu haben und auch, dass es letztlich zu einem Abschluss geführt werden kann. Wenn 2019 die Fertigstellung gefeiert wird, wird hoffentlich auch die kräftezehrende Auseinandersetzung über die letzten Jahre schnell vergessen sein.

Ein Ende mit Schrecken



Mit der Konzeption zum Schadensfall BAVARIA wurde am gestrigen Abend der Weg bereitet, dieses Kapitel der Stadtgeschichte zu schließen. Zunächst erfolgt der Rückkauf der 1441 Wohnungen, die 1998 aus dem Bestand der WOBRA zu ungünstigen Konditionen verkauft wurden. In einem zweiten Schritt wird dieses Wohnungspaket an ein Unternehmen verkauft, das bereits heute auf dem Brandenburger Wohnungsmarkt aktiv ist.

Dadurch und durch die Festlegungen des gestrigen Beschlusses wird sichergestellt, dass die Wohnungen auch langfristig am Markt bleiben und eine Sanierungsoption für sie besteht. Gleichzeitig bekommt die WOBRA durch die Übertragung von 534 Wohnungen von dieser Firma die Möglichkeit, den Stadtumbau in Hohenstücken weiter mit zu gestalten. Wir haben in diesem Zusammenhang die Nachhaltigkeit dieses Beschluss angemahnt und konnten mit den anderen Fraktionen erreichen, dass nicht nur eine Sozialbindung der BAVARIA Wohnungen durch eine Sozialcharta Bestandteil des Vertrages wird, sondern dass die WOBRA auch allen Mietern, die von Rückbau betroffen sind, ein Umzugsmanagement, adäquaten Wohnraum und das zu gleichbleibenden Bedingungen zur Verfügung stellen soll. Mit dem gestern gefassten Beschluss wird der WOBRA und der Stadt eine Last genommen, die zwar mit einer Erhöhung des städtischen Kassenkredits erkaufte wurde, aber der städtischen Gesellschaft wieder neue Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet. Diese sollten wir nutzen um den Prozess des Stadtumbaus in Hohenstücken weiter zu führen und die Stadtentwicklung in den übrigen Stadtteilen ebenfalls mit der WOBRA als Akteur vor zu bringen.

Michael Raith

Vom schwierigen Umgang mit Petitionen



Ein Bürger hatte sich bereits im Juli an die Stadtverordnetenversammlung mit einer Petition gewandt. Ein halbes Jahr statt der in der Petitionsordnung vorgeschriebenen vier Wochen hat die Bearbeitung der Petition gedauert. Doch das Ergebnis kann für niemanden befriedigend sein. Während der zuständige Fachausschuss die Petition noch für begründet hielt, hat die Mehrheit der Stadtverordneten gestern Abend diesen Teil aus dem Beschluss gestrichen. Die Petition wird jetzt nach dem Beschluss von CDU, AfD und einer kleineren Fraktion an die Stadtverwaltung mit der Bitte um Beachtung übergeben. Was dann damit wird? Offen.

Und dass obwohl selbst die Stadtverwaltung mit Herrn Bürgermeister Scheller und Herrn Beigeordneten Brandt die Petition für begründet hielten. So jedenfalls führten sie es im Petitionsausschuss aus und sorgten dadurch dafür, dass die Petition bei zwei Enthaltungen einstimmig beschlossen wurde. Davon wissen wollten die Protagonisten gestern Abend nichts mehr. Und so sorgten juristische Spiegelfechtereien erst für Verunsicherung und am Ende dafür, dass der Petition ihre Begründetheit abgesprochen wurde. Und das obwohl der Petent zum Beispiel hinsichtlich der Verkehrsuntersuchung Recht hatte mit der Vermutung, dass die erste aus dem Januar 2016 auf fehlerhaften Annahmen beruhte. Es ist bedauerlich, dass auch in dieser Frage kein Konsens zwischen den Kritikern und den Befürwortern des Projektes am Packhof zu finden war und dass obwohl ein konsensfähiger Vorschlag vorlag.

Carsten Eichmüller

Gute Besserung Hans-Joachim Kynast



In unserem letzten Newsletter hatte ich sehr ausführlich zur Gefahr für Lauben- und Datschenbesitzer im Zusammenhang mit einem Antrag einer kleineren Fraktion geschrieben. Dabei hatte ich auch darauf hingewiesen, welche Gefahr Kleingärtnern nun drohen könnte und dass das ein Grund sein könnte, warum der Gartenfreund Hans-Joachim Kynast nicht bei der SVV war. Wie ich erst danach erfuhr, ist Hans-Joachim Kynast erkrankt und konnte deshalb nicht an der SVV teilnehmen. Für die Andeutung, dass er aus inhaltlichen Gründen der SVV ferngeblieben ist, möchte ich mich auf diesem Weg entschuldigen und wünsche ihm gute Besserung. Ich freue mich schon bald wieder mit ihm zusammen im Ausschuss für Umwelt, Recht, Ordnung und Petitionen zusammen zu arbeiten.